

Frankreich

Joachim Schild

Die französische Europapolitik schwankte im zweiten Halbjahr 2019 und ersten Halbjahr 2020 zwischen einer Bedenkenträger- und Bremserrolle, kombiniert mit außenpolitischen Alleingängen, einerseits und einer proaktiven Rolle als „Agenda-Setter“ und Gestalter andererseits. Die Bedenkenträger- und Bremserrolle kam etwa in der Außenhandels- und Erweiterungspolitik der EU zum Vorschein; ein französischer Alleingang war im Umgang mit dem Bürgerkrieg in Libyen und in der Russlandpolitik sichtbar. Eine proaktive Rolle als „Agenda-Setter“ und Gestalter kam hingegen in der gemeinsam mit der Bundesregierung betriebenen Suche nach wirtschafts- und haushaltspolitischen Antworten der EU auf die historische Herausforderung durch die Covid-19-Pandemie zum Ausdruck.

Frankreich als Bedenkenträger und Bremser

In der Außenhandelspolitik signalisierte Frankreich erhebliche Bedenken gegenüber dem von der Europäischen Kommission nach 20 Jahren Verhandlung mit der Mercosur-Staatengruppe (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) ausgehandelten präferentiellen Handelsabkommen.¹ Die Regierung stand unter erheblichem Druck von zwei Seiten. Zum einen protestierten Landwirte und der wichtigste Bauernverband, die „Fédération Nationale des Syndicats d'Exploitants Agricoles“ (FNSEA), gegen den Abbau von Handelschranken und forderten Schutzmaßnahmen für französische Rinderzüchter. Zum anderen sahen Umweltschützer Gefahren für den brasilianischen Regenwald aufgrund seiner intensiveren landwirtschaftlichen Nutzung. Umweltminister François de Rugy machte die Ratifikation des Abkommens von Zusagen Brasiliens zum Schutz des Amazonasregenwaldes abhängig.² Präsident Emmanuel Macron warf seinem brasilianischen Amtskollegen Jair Bolsonaro gar vor, ihn bezüglich seiner Bereitschaft, die brasilianischen klimapolitischen Zusagen einzuhalten, auf dem G20-Gipfel in Osaka angelogen zu haben. Daher könne Frankreich das Abkommen derzeit nicht ratifizieren.³

In der Erweiterungspolitik gegenüber den Westbalkanländern blockierte Frankreich im Oktober 2019 die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien.⁴ Paris bemängelte die nicht ausreichenden Reformfortschritte in beiden Ländern. Während es in Bezug auf Nordmazedonien isoliert war, teilten andere Mitgliedsstaaten wie Dänemark und die Niederlande die französischen Bedenken im Falle Albaniens.⁵ Vor dem Hintergrund einer ausgesprochen erweiterungsskeptischen öffentlichen Meinung und politischen Elite drang Präsident Emmanuel Macron erfolgreich auf Verfahrensänderungen in der Erweiterungspolitik und nutzte die französische Vetomacht,

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Lateinamerikapolitik“ in diesem Jahrbuch.

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Paris droht mit Nein zum Mercosur-Pakt, 3.7.2019.

3 La Libre Belgique: Amazonie: le ton monte entre Macron et Bolsonaro, 23.8.2019, abrufbar unter: <https://www.lalibre.be/international/europe/amazonie-le-ton-monte-entre-macron-et-bolsonaro-5d5fd333f20d5a1dbdfcc362> (letzter Zugriff: 21.8.2020).

4 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Nordmazedonien“ und „Albanien“ in diesem Jahrbuch.

5 Michael Peel/Valerie Hopkins: France objects to North Macedonia and Albania EU accession talks, in: Financial Times, 15.10.2019.

um dieses Ziel zumindest partiell auch durchzusetzen.⁶ Paris drängte darauf, den Erweiterungsprozess vonseiten der EU anspruchsvoller, gradueller und reversibel zu gestalten. Der Übergang zwischen einzelnen Phasen des Erweiterungsprozesses wäre an die Erfüllung von überprüfbaren Erfolgskriterien zu binden. Zur Verfolgung dieses Ziels nahm Paris die Gefahr in Kauf, dass externe Mächte wie China, Russland oder auch die Türkei sich die Enttäuschung von Staaten des westlichen Balkans über die Hindernisse im Beitrittsprozess zunutze machen könnten und „in ein Vakuum stoßen“, wovor Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen warnte.⁷ Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi unterbreitete daraufhin ein reformiertes Regelwerk zum Erweiterungsprozess, das die französischen Vorschläge teilweise aufnahm, etwa in Hinblick auf die Möglichkeit der Verlangsamung, Aussetzung oder des Abbruchs der Verhandlungen sowie der möglichen Kürzung von Vorbeitrittsunterstützungsgeldern. Daraufhin stimmte der Rat der EU am 25. März 2020 der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern zu.

Außenpolitische Alleingänge unternahm Macron in seiner Libyen- und Russlandpolitik. Zumindest zeitweise unterstützte Frankreich General Chalifa Haftar, den es als Verbündeten gegen islamistische Terroristen sieht, in seinem Kampf gegen die international (auch von Frankreich) anerkannte Regierung der Nationalen Einheit in Tripolis. Er untergrub damit eine gemeinsame Haltung der EU im Libyenkonflikt.⁸

In der Russlandpolitik warf Macron seinen europäischen Partnern vor, dass es ein schwerer strategischer Fehler gewesen sei, Russland aus Europa „fortzustoßen“⁹. Er unternahm einen – in der Union nicht abgestimmten – Versuch, eine strategische Neuorientierung in der Russlandpolitik einzuleiten, redete einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur das Wort und machte Moskau das konkrete Angebot, nach dem Auslaufen des „Intermediate Range Nuclear Forces Treaty“-Vertrags (INF) mit Moskau über Rüstungskontrolle im Bereich atomarer Mittelstreckenraketen zu verhandeln. Damit löste er insbesondere in den ehemaligen Ostblockländern, aber auch in Berlin und Den Haag erhebliche Irritationen aus¹⁰ – dies umso mehr, als er das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO) zuvor als „hirntot“ bezeichnet hatte.¹¹ Nicht zuletzt als Reaktion auf die Kritik mittelosteuropäischer Mitgliedstaaten startete Staatspräsident Macron eine diplomatische Offensive, vor allem mit einem Besuch in Polen. Die Außenminister unterzeichneten ein Abkommen über eine „strategische Partnerschaft“ und beide Länder vereinbarten eine Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit.¹²

EU-Austritt des Vereinigten Königreichs: begrenzte französische Konzessionsbereitschaft

Auch in den vergangenen Monaten setzten die französische Regierung und Staatspräsident Macron ihre wenig konzessionsbereite Haltung zum EU-Austritt des Vereinigten Königreichs fort. So standen sie in der zweiten Jahreshälfte 2019 der Idee einer Verlängerung

6 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

7 Daniel Steinvorth: Der neue Plan für die EU-Erweiterung – ein Angebot, das Macron nicht ablehnen kann, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.2.2020.

8 Ulrich Ladurner: Der Libyenkrieg zeigt die Schwächen der EU, in: Die Zeit, 23.9.2019.

9 Sascha Lehnartz: Russlandverführer, in: Die Welt, 11.9.2019.

10 Financial Times: Emmanuel Macron's pivot to Russia sparks EU unease, 11.9.2019, abrufbar unter: <https://www.ft.com/content/00ac54f4-d30f-11e9-8367-807ebd53ab77> (letzter Zugriff: 21.8.2020).

11 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und die NATO“ in diesem Jahrbuch.

12 Michaela Wiegel: Macrons neue Ostpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.2020; Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Neues Kapitel“, 4.2.2020.

der Austrittsfrist über den 31. Oktober 2019 hinaus sehr skeptisch gegenüber.¹³ Nach dem zum 1. Februar 2020 vollzogenen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU verfolgte Paris durchgängig das Ziel, ein britisches „Sozial- und Steuerdumping“ zu verhindern. Ein Freihandelsabkommen ohne Garantien, die ein Auseinanderdriften von Steuern, Sozialabgaben und umweltpolitischer Standards zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vertraglich unterbinden, stieß in Frankreich auf Ablehnung. Zur Begründung dieser für Freihandelsabkommen durchaus unüblichen Forderung nach dauerhafter Angleichung der Sozial- und Umweltstandards verwies die französische Regierung auf die besondere Dichte der Handelsbeziehungen. Frankreich hat in der Frage der Einhaltung von Binnenmarktregulierungsstandards durch britische Unternehmen die unnachgiebigste Position im Sinne der Garantie eines „level playing field“ eingenommen.¹⁴ Die Europastaatssekretärin Amélie de Montchalin stellte eine klare Verbindung zwischen dem Grad der Öffnung des Binnenmarkts für britische Unternehmen einerseits und dem Ausmaß der regulatorischen Konvergenz in den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz, sozialen und sanitären Normen sowie der Steuer- und Beihilfepolitik andererseits her.¹⁵ Durchaus legitime regulatorische Unterschiede sowie keineswegs immer „unfairer“ Steuerwettbewerb werden von französischer Seite regelmäßig als „Dumping“ denunziert.

Frankreich als Gestalter: Mehrjähriger Finanzrahmen und der Wiederaufbaufonds

Die französische Positionierung im Rahmen der langwierigen Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) war – wie schon in der Vergangenheit – durch Widersprüche geprägt. Zum einen plädierte Paris für eine Ausgabensteigerung im Bereich der auswärtigen Beziehungen der Union und für eine Erhöhung der Ansätze für den Europäischen Verteidigungsfonds. Auch die Forderung nach einer aktivistischen Industrie- und Technologiepolitik, etwa im Bereich der Digitalisierung, gehört zum Standardrepertoire französischer Europarhetorik. Zum anderen war Paris aber nicht bereit, zugunsten der Finanzierung neuer Handlungsprioritäten der Union ernsthafte Haushaltsumschichtungen zu Lasten der überkommenen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hinzunehmen. Macron verteidigte diese teure und strukturkonservierende Politik als einen der „großen Erfolge Frankreichs und Europas“.¹⁶

Darüber hinaus sah Paris mit dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs eine Gelegenheit für die Abschaffung der Beitragsrabatte anderer Nettozahler (Dänemark, Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweden) gekommen, die sich an der Finanzierung des „Brittenrabattes“ nur zu einem Viertel beteiligten. Auch setzte sich Frankreich für eine Verknüpfung von Zahlungen aus dem EU-Budget, insbesondere der üppigen Zahlungen im Rahmen der Kohäsionspolitik, mit der Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien ein, insbesondere mit Blick auf Polen und Ungarn. Im Verbund mit einer breiten Unterstützerkoalition der GAP gelang es Paris, die im Kommissionsvorschlag vorgesehene Kürzung der Agrarsubventionen zu begrenzen, jedoch auf Kosten von Ausgaben

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Gegen die Strategie des Aussitzens, 10.9.2019.

14 Financial Times: EU set for final push to toughen post-Brexit trade stance, 23.2.2020, abrufbar unter: <https://www.ft.com/content/74e463b8-563e-11ea-abe5-8e03987b7b20> (letzter Zugriff: 21.8.2020).

15 Siehe folgendes Interview de Montchalins: Jean-Pierre Stroobants/Virginie Malingre: Après le Brexit, un 'délicatement pernicieux peut se produire', in *Le Monde*, 3.2.2020.

16 Isabelle Mandraud/Jean-Pierre Stroobants: A Bruxelles, guerre sans merci sur les virgules du budget européen, in: *Le Monde*, 22.2.2020. Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

für Zukunftsaufgaben, die Paris sich sonst gerne auf die Fahnen schreibt, wie etwa die Digitalisierung, die Migrationspolitik oder auch den Klimaschutz.¹⁷

Im Kontrast zu dieser eher defensiven Politik im Einklang mit der französischen Agrarlobby steht die proaktive Rolle, die Frankreich zur wirtschaftlichen Wiederbelebung in der Union nach dem Covid-19-Pandemieschock gespielt hat. Schon früh hat Macron von einer Stunde der Wahrheit für Europa gesprochen und für massive finanzielle Solidarität mit den am stärksten von der Pandemie betroffenen Staaten, allen voran mit Italien und Spanien, plädiert. Er sprach sich für die Finanzierung von Transferzahlungen über gemeinsam aufgenommene Schulden aus.¹⁸

Als die italienische Regierung für eine zeitlich befristete Ausgabe gemeinsam garantierter Staatsschuldentitel („Coronabonds“) plädierte, fand sie dabei Unterstützung einer von Frankreich angeführten Koalition von neun Mitgliedstaaten, vor allem aus Südeuropa.¹⁹ Macron riskierte mit dieser Koalitionsbildung eine tiefe Spaltung der Union und ein schweres Zerwürfnis mit dem privilegierten Partner Deutschland. Der Vorschlag für die „Coronabonds“ stieß in der Tat auf das gewohnte „Nein“ aus Deutschland zu allen Vorschlägen der Schuldenvergemeinschaftung und wurde aus dem christdemokratischen Lager unisono von Kanzlerin Angela Merkel, von Wirtschaftsminister Peter Altmaier, aber auch vom sozialdemokratischen Finanzminister Olaf Scholz abgelehnt. Sie verwiesen auf die ungenutzten Mittel des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als bevorzugtes Handlungsinstrument zugunsten der am schwersten von SARS-CoV-2 betroffenen Staaten.²⁰

Diese ungewöhnliche Konstellation, in der sich Frankreich und Deutschland nicht nur in einer wichtigen Frage (wie häufig) deutlich unterscheiden, sondern darüber hinaus aktive Teilnehmer einer gegeneinander gerichteten Staatenkoalition waren, währte nicht lange. Im Mai 2020 begann der deutsch-französische Bilateralismus wieder Resultate zu produzieren, dank einer sehr engen Kooperation zwischen Staatspräsident Macron und Kanzlerin Merkel sowie zwischen dem französischen Finanzminister Bruno Le Maire und seinem deutschen Amtskollegen Scholz. Mit einem gemeinsamen Vorschlag konnten beide Staaten die europäische Agenda entscheidend beeinflussen. Dieser sah einen Post-Covid-19-Wiederaufbaufonds, „Next Generation EU“, mit nicht rückzahlbaren Zuschüssen für besonders krisenbetroffene Mitgliedstaaten vor:

„Der Fonds zur wirtschaftlichen Erholung im Umfang von 500 Mrd. Euro wird EU-Haushaltsausgaben für die am stärksten betroffenen Sektoren und Regionen auf der Grundlage von EU-Haushaltsprogrammen und im Einklang mit europäischen Prioritäten bereitstellen. Er wird Resilienz, Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaften steigern, Investitionen insbesondere in den digitalen und ökologischen Wandel erhöhen sowie Forschung und Innovationen stärken.“

17 Le Monde: Entre les Vingt-Sept, rapports de force et marchandages budgétaires, 20.2.2020.

18 Vgl. sein langes Interview in Financial Times: Transcript: ‘We are at a moment of truth’ (French), 17.4.2020, abrufbar unter: <https://www.ft.com/content/9667bd73-a809-497e-a3ca-8781c0549901> (letzter Zugriff: 21.8.2020).

19 Sarantis Michalopoulos: Nine member states ask for eurobonds to face coronavirus crisis, 25.3.2020, abrufbar unter: <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/nine-member-states-ask-for-euro-bonds-to-face-coronavirus-crisis/> (letzter Zugriff: 8.10.2020).

20 Wirtschaftsminister Peter Altmaier bezeichnete die Diskussion über die „Coronabonds“ als „Gespensterdebatte“, siehe dazu sein Interview mit dem Handelsblatt vom 24. März 2020, abrufbar unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Interviews/2020/20200324-altmaier-handelsblatt-coronakrise.html> (letzter Zugriff: 8.10.2020); siehe auch Frankfurter Allgemeine Zeitung: Zwist über zweischneidige Schwerter, 27.3.2020.

Zur Finanzierung „schlagen Frankreich und Deutschland vor, der Europäischen Kommission zu gestatten, eine solche Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung mittels Aufnahme von Mitteln an den Märkten im Namen der EU zu finanzieren“.²¹

Die Europäische Kommission griff diesen Vorschlag auf und machte ihn zum Bestandteil ihres eigenen Vorschlags zum europäischen Wiederaufbaufonds, der zusätzlich zu den 500 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen weitere 250 Mrd. Euro als Darlehen vorsah. Nach zähen, viertägigen Verhandlungen über den MFR und diesen Wiederaufbaufonds gelang den Staats- und Regierungschefs am 21. Juli 2020 der entscheidende Durchbruch im Rahmen der wohl schwierigsten Verhandlungen im Europäischen Rat seit 20 Jahren.²²

Um sein Hauptanliegen eines schuldenfinanzierten, umfangreichen Wiederaufbaufonds durchzusetzen, musste Frankreich Zugeständnisse an die Vertreter der „Sparsamen Vier“ (Dänemark, Niederlande, Österreich, Schweden) und Finnland machen: Zum einen, was die Höhe der Zuschusskomponente angeht, die auf 390 Mrd. Euro statt der im deutsch-französischen Vorschlag vorgesehenen 500 Mrd. Euro reduziert wurde; zum anderen musste es den Fortbestand, ja sogar die Erhöhung von Beitragsrabatten (im Falle Österreichs) für die nächsten sieben Jahre akzeptieren, deren Hauptfinanzlasten Frankreich zu tragen hat.²³ Auch hatte Frankreich weitergehende Vorstellungen hinsichtlich der Erschließung eigener Mittel für die EU als die Abgabe auf nicht-recyclbare Plastikabfälle ab 2021, die sich als einzig verbindlich vereinbarter Punkt im Verhandlungsergebnis des Europäischen Rates wiederfindet.²⁴ Bemerkenswert ist auch, dass Frankreich die zweitklassige Beerdigung eines der europapolitischen Hauptanliegen Macrons, nämlich ein dauerhaftes und substanzielles Budget der Eurozone auf den Weg zu bringen, geräuschlos akzeptiert hat. Die Bundesregierung unterstützte diesen Vorschlag nur halbherzig. Er wurde von der Ländergruppe der „neuen hanseatischen Liga“ erfolgreich bekämpft, bis im Grunde nur noch das Label übrigblieb, der Inhalt in den Worten des Economist aber zu „homöopathischer Bedeutungslosigkeit“ ausgedünnt worden war.²⁵ Hatte die Europäische Kommission in ihrem ursprünglichen Vorschlag zum MFR zumindest noch einen (diesbezüglich) kleinen Haushaltsposten vorgesehen, so war dieser kein Bestandteil ihres veränderten Vorschlagspakets vom 28. Mai 2020 mehr.

Präsident Macron sprach in seiner Pressekonferenz nach dem erfolgreichen Abschluss der MFR-Verhandlungen von einem „historischen Tag für Europa“. Er wertete das Gesamtergebnis der Marathonverhandlungen vom 17. bis zum 21. Juli 2020 als historischen Durchbruch, nicht nur in Hinblick auf die Finanzierung von solidarischen Transfers über gemeinsame europäische Schuldenaufnahme im Rahmen des Unionsbudgets,

21 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Deutsch-französische Initiative zur wirtschaftlichen Erholung Europas nach der Coronakrise, Pressemitteilung Nr. 173, 18.5.2020, abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/deutsch-franzoesische-initiative-zur-wirtschaftlichen-erholung-europas-nach-der-coronakrise-1753760> (letzter Zugriff: 21.8.2020).

22 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäischer Rat“ in diesem Jahrbuch.

23 Sébastien Maillard: Un accord historique à améliorer et à réaliser, in: Hertie School. Jacques Delors Centre, Juli 2020, S. 4.

24 Finanzminister Bruno Le Maire hatte die Besteuerung von Großunternehmen der Digitalwirtschaft und eine CO₂-Grenzausgleichsabgabe als mögliche Eigenmittelquellen benannt. Siehe sein Interview unter Virginie Malingre: Le Maire: „Plus tôt le plan de relance sera disponible, mieux ce sera“, in: Le Monde, 31.5.2020.

25 Vgl. Magnus G. Schoeller: Preventing the eurozone budget: issue replacement and small state influence in EMU, in: Journal of European Public Policy 17/2020; The Economist: The Merkel-Macron plan to bail out Europe is surprisingly ambitious, 21.5.2020, abrufbar unter: <https://www.economist.com/europe/2020/05/21/the-merkel-macron-plan-to-bail-out-europe-is-surprisingly-ambitious> (letzter Zugriff: 8.10.2020).

sondern auch im Hinblick auf Verdoppelung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel der Union für den Zeitraum 2021 bis 2023 (der Laufzeit des Wiederaufbaufonds).²⁶ Diese positive Interpretation des Gesamtergebnisses und insbesondere des Wiederaufbaufonds wird in Frankreich breit geteilt. Sie dürfte auf der Annahme beruhen, dass die Schuldenfinanzierung von gemeinsamen europäischen Aufgaben, Investitionen und Transfers kein temporäres Phänomen bleiben wird, wie es etwa die Bundesregierung und die nordeuropäischen Mitgliedstaaten betonen; vielmehr könnte sie sich rasch als Präzedenzfall erweisen und zukünftig fest zum Instrumentenkasten der EU gehören.

Ermöglicht wurde diese Durchsetzung französischer Interessen und Präferenzen nicht zuletzt durch einen bemerkenswerten Positionswandel seitens der Bundesregierung und die Wiederbelebung des deutsch-französischen Bilateralismus.²⁷ Frankreich profitierte vom doppelten Tabubruch auf deutscher Seite, nämlich nicht nur temporäre Transfers, das heißt nicht zurückzuzahlende Zuschüsse an einzelne Mitgliedstaaten zu akzeptieren, sondern auch noch deren Finanzierung über gemeinsame Schulden im Namen der EU. Diese Kehrtwende ermöglichte eine „Redynamisierung“ des deutsch-französischen Bilateralismus in der europäischen Politik. Dieser hatte sich seit Amtsantritt Macrons vielfach eher in Symbolik geäußert, etwa in der Fortschreibung des Elysée-Vertrages durch den bilateralen Vertrag von Aachen. Nun gelang es den Partnern in einer Krise, die zu einer Zerreißprobe der Union zu werden drohte, gemeinsame Handlungs- und Führungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Sie beeinflussten die Agenda der Union maßgeblich und trugen durch äußerst enge Abstimmung im Vorfeld des entscheidenden Europäischen Ratstreffens und durch ein praktisch permanentes gemeinsames Auftreten während des viertägigen Gipfeltreffens in hohem Maße zur Kompromissfindung bei.²⁸ Inwieweit diese Manifestation eines gemeinsamen Führungswillens und einer Führungsfähigkeit auch auf anderen wichtigen Politikfeldern der Union zum Ausdruck kommen wird, bleibt abzuwarten.

Weiterführende Literatur

Yves Bertoncini/Thierry Chopin: Macron l'Européen: de l'Hymne à la joie à l'embarras des choix, in: *Le débat: histoire, politique, société* 1/2020, S.114-129.

Bruno Cautrès et al.: Les Français et l'Europe entre défiance et ambivalence: l'indispensable „retour de l'Europe en France“, 7.5.2020, abrufbar unter: https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr/cevipof/files/R119_OpinionFranceEurope_Chopin_200504_FR%20%286%29.pdf (letzter Zugriff: 8.10.2020).

Jean-François Crombois: Macron et l'Europe de l'Est: la fracture, in: *Revue des deux mondes* 3/2020, S.153-159.

Joachim Schild: EMU's Asymmetries and Asymmetries in German and French Influence on EMU Governance Reforms, in: *Journal of European Integration* 3/2020, S. 447-462.

26 Vgl. den Text und die Videoaufzeichnung der Pressekonferenz „Jour historique pour l'Europe“, abrufbar unter: <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/07/21/jour-historique-pour-leurope> (letzter Zugriff: 21.8.2020).

27 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Bundesrepublik Deutschland“ in diesem Jahrbuch.

28 Frankfurter Allgemeine Zeitung: *Trickreiches Doppel*, 23.7.2020.